

Facility Management muss Standorte krisenfähig machen

27.07.2026, 09:25 | Industrie, Bau & Immobilien

Pressemitteilung von: *FM-Connect.com Network GmbH*



Facility Management: Resilienz wird wichtiger

FM-Connect.com fordert belastbare Notbetriebs-, Versorgungs- und Kommunikationskonzepte für Unternehmen, Kommunen und öffentliche Einrichtungen

Seestermühle, 27. Juli 2026 – Mit dem Pakt für den Bevölkerungsschutz und den neuen Arbeitshilfen zur Zivilen Verteidigung rückt die Krisenfestigkeit Deutschlands stärker in den politischen Mittelpunkt. Für Unternehmen, Kommunen und öffentliche Einrichtungen stellt sich damit eine praktische Frage: Wie lange bleiben ihre Gebäude und Standorte handlungsfähig, wenn Strom, Trinkwasser, Kommunikation, Verkehr oder externe Dienstleistungen ausfallen?

FM-Connect.com sieht hier eine zentrale Aufgabe des Facility Managements. Gebäude sind nicht nur Immobilien. Sie sind Arbeitsorte, Versorgungsstrukturen, Verwaltungszentren, Produktionsstätten, Behandlungsorte, Bildungsstätten und Knotenpunkte gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit. Ihre technische und organisatorische Widerstandsfähigkeit entscheidet darüber, ob Menschen geschützt, wichtige Prozesse fortgeführt und Störungen geordnet bewältigt werden können.

„Bevölkerungsschutz wird häufig mit Einsatzfahrzeugen, Warnsystemen und staatlichen Krisenstäben verbunden. Der Ernstfall entscheidet sich aber auch im Gebäude: Funktioniert die Notstromversorgung? Gibt es Wasser, Kommunikation und sichere Bereiche? Sind Verantwortliche erreichbar? Und weiß die Organisation, welche Funktionen sie aufrechterhalten muss?“, sagt Kay Meyer, Geschäftsführer der FM-Connect.com Network GmbH.

Politischer Hintergrund: Vom Katastrophenschutz zur gesamtgesellschaftlichen Vorsorge

Die Bundesregierung reagiert mit dem Pakt für den Bevölkerungsschutz auf eine veränderte europäische Sicherheitslage, zunehmende hybride Bedrohungen und die Erfahrungen aus Naturkatastrophen und größeren Versorgungsausfällen. Bis 2029 sollen zehn Milliarden Euro in den Bevölkerungsschutz und die Zivile Verteidigung investiert werden. Vorgesehen sind unter anderem modernere Warn- und Kommunikationssysteme, eine Stärkung des Technischen Hilfswerks, Verbesserungen der Trinkwasser- und Notstromversorgung sowie neue Strukturen für Koordination und Lagebewertung.

Das BBK stellt Kommunen seit Juni 2026 konkrete Arbeitshilfen zur Verfügung. Sie sollen ein gemeinsames Verständnis möglicher Krisen- und Verteidigungslagen schaffen und helfen, Informationen über Bevölkerung, Energieversorgung, Gesundheitsversorgung, kritische Infrastrukturen, Gefahrenabwehr und vorhandene Ressourcen zusammenzuführen.

Auch die Europäische Union verfolgt mit ihrer Preparedness-Union-Strategie einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Öffentliche Stellen, Unternehmen, Organisationen und Einzelpersonen sollen besser in Vorsorge und Krisenbewältigung eingebunden werden. Die Strategie sieht unter anderem öffentlich-private Notfallprotokolle, Mindestanforderungen an Vorsorge, Übungen sowie Leitlinien für eine Eigenversorgungsfähigkeit der Bevölkerung von mindestens 72 Stunden vor.

Aus Sicht von FM-Connect.com folgt daraus eine klare Konsequenz: Staatliche Vorsorge und betriebliche Vorsorge müssen ineinandergreifen. Öffentliche Einsatzkräfte können den internen Gebäudebetrieb, die Kenntnis technischer Anlagen und die objektspezifische Notfallorganisation nicht ersetzen.

Gebäude sind operative Bestandteile gesellschaftlicher Resilienz

Ein Stromausfall betrifft in einem Gebäude nicht nur die Beleuchtung. Er kann Aufzüge, Zutrittskontrolle, Lüftung, Kühlung, Trinkwasserförderung, Kommunikation, Sicherheitsanlagen, Küchen, Labore, medizinische Geräte oder Produktionsanlagen beeinträchtigen.

Ein Ausfall der Wasserversorgung betrifft nicht allein das Trinken. Er kann Sanitäreinrichtungen, Betriebsgastronomie, Pflege, Reinigung, Kühlung, Produktion, Löschwasserversorgung und hygienische Mindeststandards beeinflussen.

Eine gestörte Kommunikation führt dazu, dass Verantwortliche, Dienstleister, Nutzer und Einsatzkräfte nicht mehr zuverlässig erreicht werden. Gleichzeitig können digitale Zutritts-, Buchungs-, Alarmierungs- und Gebäudemanagementsysteme ausfallen.

Facility Management muss diese Abhängigkeiten kennen und in beherrschbare Betriebszustände übersetzen. Dafür reicht ein allgemeiner Notfallordner nicht aus. Erforderlich sind objektspezifische Szenarien, technische Last- und Prioritätenlisten, eindeutige Entscheidungsbefugnisse und regelmäßig geprüfte Ersatzverfahren.

Keine pauschale Bunkerpflicht – aber eine klare Vorsorgeaufgabe

Aus dem Pakt für den Bevölkerungsschutz ergibt sich gegenwärtig keine allgemeine Pflicht für Unternehmen oder öffentliche Einrichtungen, ihre Gebäude zu Schutzräumen umzubauen. Der Pakt ist zunächst ein politisches und finanzielles Eckpunkteprogramm. Weitere gesetzliche Anpassungen sollen nach den bisherigen Planungen bis 2027 vorbereitet werden.

Facility Management sollte deshalb weder in Alarmismus verfallen noch die Entwicklung abwarten. Bestehende Pflichten zum Arbeits-, Gesundheits-, Brand- und Personenschutz, zur sicheren Betriebsorganisation und zur Gefahrenabwehr gelten unabhängig vom neuen Pakt weiter.

Objektbezogen zu klären ist insbesondere, welche Reaktion bei einem Ereignis sicherer ist:

- vollständige Räumung,
- Teilräumung,
- Verbleib in geschützten Gebäudebereichen,
- kontrollierter Notbetrieb,
- geordnete Stilllegung,
- Verlagerung kritischer Prozesse,
- Aufnahme oder Betreuung zusätzlicher Personen.

Ein interner sicherer Bereich ist dabei nicht automatisch ein behördlich anerkannter öffentlicher Schutzraum. Die Begriffe und Funktionen müssen eindeutig getrennt werden.

FM-Einordnung: Vom Normalbetrieb zum definierten Notbetrieb

Business Continuity Management im Facility Management beginnt mit der Frage, welche Leistungen und Gebäudefunktionen für Menschen, Kerngeschäft und öffentliche Aufgaben unverzichtbar sind.

FM-Connect.com unterscheidet dabei zwischen Normalbetrieb, eingeschränktem Betrieb, Notbetrieb, kontrollierter Stilllegung und Wiederanlauf. Die dafür erforderlichen technischen und organisatorischen Fähigkeiten müssen bereits vor einer Krise geplant werden. Die FM-Connect-Microsite zum BCM behandelt unter anderem Business-Impact-Analyse, Risikobewertung, Szenarioanalyse, Redundanz, Wiederanlaufplanung und Krisenorganisation.

1. Kritische Funktionen priorisieren

Nicht jede Gebäudefunktion muss im Notbetrieb uneingeschränkt fortgeführt werden. Betreiber müssen zunächst festlegen:

- Welche Prozesse schützen unmittelbar Leben und Gesundheit?
- Welche Anlagen verhindern erhebliche Folgeschäden?
- Welche Funktionen werden für öffentliche Aufgaben oder die Produktion benötigt?
- Welche Bereiche können kontrolliert abgeschaltet werden?
- Wie lange darf eine Funktion ausfallen?
- Welche Mindestleistung ist erforderlich?
- Welche Abhängigkeiten bestehen zu Personal, Lieferanten und Medien?

Eine Business-Impact-Analyse schafft hierfür eine belastbare Grundlage.

2. Notstromversorgung realistisch bewerten

Das Vorhandensein eines Notstromaggregats bedeutet noch keine belastbare Notstromversorgung. Zu prüfen sind:

- tatsächlich angeschlossene Verbraucher,
- verfügbare elektrische Leistung,
- Kraftstoffvorrat und Nachbetankungsmöglichkeit,
- Start- und Umschaltverhalten,
- Dauerbetriebsfähigkeit,
- Wartungs- und Prüfstatus,
- Kühlung und Lüftung des Aggregatraums,
- Verfügbarkeit von Ersatzteilen,
- personelle Bedienfähigkeit,
- Verhalten bei Ausfall der Gebäudeautomation.

Besondere Aufmerksamkeit erfordern Systeme, die im Alltag nicht als kritisch wahrgenommen werden, im Notbetrieb aber unverzichtbar sind. Dazu gehören beispielsweise Abwasserpumpen, Druckerhöhungsanlagen, Kommunikationssysteme, Ladegeräte, Türen, Schranken oder die Kühlung technischer Räume.

3. Trinkwasser und Sanitärbetrieb sichern

Bei einer Unterbrechung der öffentlichen Wasserversorgung muss geklärt sein:

- Welche Mindestmengen werden für Menschen und Prozesse benötigt?
- Welche Bereiche müssen aus hygienischen Gründen geschlossen werden?
- Welche Ersatzversorgung ist möglich?
- Gibt es geeignete Einspeise- oder Übergabepunkte?
- Wie werden Toiletten, Pflege, Küchen und Reinigung organisiert?
- Wie wird eine Wiederinbetriebnahme hygienisch abgesichert?

- Wer stimmt Maßnahmen mit Wasserversorger und Gesundheitsamt ab?

Die Anforderungen unterscheiden sich erheblich zwischen Bürogebäude, Krankenhaus, Pflegeeinrichtung, Schule, Industrieanlage und Verwaltungsstandort.

4. Kommunikationsfähigkeit erhalten

Krisenkommunikation darf nicht ausschließlich von Mobilfunk, Cloud-Diensten oder dem Unternehmensnetz abhängig sein. Notwendig sind abgestufte Kommunikationswege, beispielsweise:

- Festnetz und Mobilfunk,
- Betriebsfunk,
- Satellitenkommunikation für besonders kritische Standorte,
- Lautsprecher- und Sprachalarmanlagen,
- Boten- und Meldeverfahren,
- gedruckte Kontakt- und Alarmierungslisten,
- definierte Informationspunkte für Nutzer,
- abgestimmte Kommunikation mit Behörden und Einsatzkräften.

Entscheidend ist nicht die Anzahl der Systeme, sondern ihre Verfügbarkeit, Reichweite und Bedienbarkeit unter realen Störungsbedingungen.

5. Evakuierung und Verbleib im Gebäude gemeinsam planen

Klassische Evakuierungskonzepte sind häufig auf Brandereignisse ausgerichtet. Zivile Krisenlagen können jedoch andere Reaktionen erfordern.

Bei Gefahrstofffreisetzung, Angriffslagen, großflächigen Verkehrsunterbrechungen oder unsicheren Außenbereichen kann ein vorübergehender Verbleib im Gebäude sicherer sein als eine sofortige Räumung. Umgekehrt können ein längerer Strom-, Wasser- oder Lüftungsausfall eine geordnete Evakuierung erforderlich machen.

Die FM-Connect-Microsite zur Evakuierung behandelt unter anderem Teil-, Voll- und phasenweise Räumungen, sichere Bereiche, Alarmierung, Sammelstellen, Evakuierungshelfer und den Schutz besonders gefährdeter Personen.

6. Besonders schutzbedürftige Menschen berücksichtigen

Gesellschaftliche Verantwortung zeigt sich daran, wie Organisationen mit Personen umgehen, die sich nicht ohne Unterstützung schützen können. Dazu können gehören:

- Menschen mit Mobilitäts-, Seh- oder Hörbeeinträchtigungen,
- ältere oder pflegebedürftige Personen,
- Kinder,
- Patienten,
- Personen mit regelmäßig benötigten Medikamenten,
- Besucher ohne Ortskenntnis,
- Fremdfirmen und Lieferanten,
- Menschen mit geringen Deutschkenntnissen.

Notfallplanung muss hierfür Hilfsmittel, Begleitpersonen, barrierefreie Kommunikation, Rückzugsbereiche und alternative Transportmöglichkeiten vorsehen.

7. Schnittstellen zur Kommune vorbereiten

Kommunale Krisenstäbe und Einsatzkräfte benötigen im Ereignisfall verlässliche Informationen. Betreiber größerer oder

gesellschaftlich wichtiger Standorte sollten daher objektbezogen klären, welche Daten vorbereitet und bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden können.

Dazu gehören beispielsweise:

- Ansprechpartner mit Entscheidungsbefugnis,
- aktuelle Gebäude- und Lagepläne,
- Personenzahlen und Nutzungsarten,
- Gefahrstoff- und Anlageninformationen,
- Zufahrten und Aufstellflächen,
- Notstrom- und Wasserkapazitäten,
- verfügbare Räume und Ressourcen,
- vorhandene Kommunikationsmittel,
- besonders schutzbedürftige Nutzungen,
- mögliche Auswirkungen eines Standortausfalls.

Die BBK-Arbeitshilfe zur Kreisbeschreibung verfolgt auf kommunaler Ebene einen vergleichbaren Ansatz: Vorhandenes Wissen und lokale Ressourcen sollen systematisch erfasst und für den Ereignisfall nutzbar gemacht werden.

Konkreter Bezug zu den FM-Connect-Microsites

Business Continuity Management

Die Microsite **bcm.fm-connect.com** stellt die Aufrechterhaltung kritischer Unternehmensfunktionen in den Mittelpunkt. Sie verbindet Kerngeschäft, Gebäude, technische Anlagen, infrastrukturelle Dienstleistungen, Kommunikation und Lieferketten. Ziel ist ein betriebsbereiter und dokumentierter Notfallvorsorgeplan, der auf die jeweilige Organisation zugeschnitten ist.

Gebäudebetrieb und technische Anlagen

Das Teilthema „Gebäudebetrieb und technische Anlagen“ behandelt Brandmeldeanlagen, Sicherheitsbeleuchtung, Entrauchung, Alarmierung, elektrische Schutzsysteme, Aufzüge, Fluchtwegtechnik und Notstromversorgung als Voraussetzungen für Personenschutz und sichere Reaktionen.

Betriebliches Notfallmanagement

Die Microsite **notfallmanagement.fm-connect.com** verbindet Risikoanalyse, Alarm- und Notfallpläne, Krisenorganisation, Kommunikation, Notfallausrüstung, Schulung und Zusammenarbeit mit externen Einsatzorganisationen.

Evakuierungsmanagement

Die Microsite **evakuierung.fm-connect.com** behandelt die Vorbereitung kurzfristiger und längerfristiger Evakuierungen, sichere Bereiche, Personenstromplanung, Alarmierung, Sammelstellen sowie die Zusammenarbeit mit Behörden und Hilfsorganisationen.

Wahrnehmbare BCM-Indikatoren

Notfallfähigkeit darf nicht nur auf dem Papier bestehen. FM-Connect.com nennt mess- und beobachtbare Kriterien wie Ersatzsysteme, technische Verfügbarkeit, Erreichbarkeit verantwortlicher Personen, belastbare Kommunikationswege und funktionierende operative Abläufe.

Interview mit Kay Meyer, Geschäftsführer der FM-Connect.com Network

GmbH

Frage: Herr Meyer, warum ist der Pakt für den Bevölkerungsschutz für Facility Manager relevant?

Kay Meyer: Weil Bevölkerungsschutz nicht an der Grundstücksgrenze endet. Unternehmen und öffentliche Einrichtungen müssen ihre Gebäude zunächst selbst in einen sicheren Zustand bringen. Einsatzkräfte kennen nicht jede Anlage, jede Abhängigkeit und jeden betrieblichen Prozess. Dieses Wissen liegt beim Betreiber und beim Facility Management.

Frage: Wird Facility Management damit Teil der Zivilen Verteidigung?

Kay Meyer: Facility Management übernimmt keine staatlichen Aufgaben. Es leistet aber einen wichtigen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Handlungsfähigkeit. Wer ein Krankenhaus, eine Verwaltung, eine Produktionsstätte oder ein großes Bürogebäude betreibt, trägt Verantwortung dafür, dass Menschen geschützt und kritische Funktionen geordnet aufrechterhalten oder heruntergefahren werden.

Frage: Müssen Unternehmen jetzt Schutzräume bauen?

Kay Meyer: Aus dem aktuellen Pakt ergibt sich keine pauschale Schutzraumpflicht für Unternehmen. Das wäre auch fachlich zu undifferenziert. Zunächst braucht es eine Risiko- und Nutzungsanalyse. Je nach Standort kann es sinnvoll sein, geeignete interne Aufenthaltsbereiche zu bestimmen. Diese sind aber nicht automatisch öffentliche Schutzräume.

Frage: Wo liegen in Gebäuden die größten Schwachstellen?

Kay Meyer: Häufig in den Abhängigkeiten. Ein Notstromaggregat ist vorhanden, versorgt aber nicht alle tatsächlich kritischen Verbraucher. Eine Alarmierung funktioniert, solange Mobilfunk und IT verfügbar sind. Ein Notfallplan nennt Personen, die das Unternehmen längst verlassen haben. Technische Anlagen sind vorhanden, aber niemand hat den Notbetrieb praktisch erprobt.

Frage: Wie sollte die Notstromversorgung bewertet werden?

Kay Meyer: Nicht nach Typenschild, sondern nach Funktion. Welche Verbraucher sind angeschlossen? Wie lange reicht der Kraftstoff? Wer kann die Anlage bedienen? Funktioniert die Umschaltung? Welche Wärme entsteht im Technikraum? Wie wird nachgetankt, wenn der Verkehr eingeschränkt ist? Diese Fragen müssen praktisch beantwortet werden.

Frage: Reichen bestehende Brandschutz- und Evakuierungspläne aus?

Kay Meyer: Nein. Sie sind wichtig, decken aber andere Szenarien nicht vollständig ab. Bei einem Brand wird in der Regel geräumt. Bei einer Gefahrstoffwolke oder einer unsicheren Außenlage kann der Verbleib im Gebäude richtig sein. Bei längerem Wasser- oder Stromausfall muss vielleicht zeitversetzt evakuiert werden. Dafür braucht es differenzierte Entscheidungen.

Frage: Welche Bedeutung hat soziale Verantwortung?

Kay Meyer: Eine Organisation ist nur so krisenfest wie ihr Umgang mit den Menschen, die besondere Unterstützung benötigen. Barrierefreiheit, verständliche Alarmierung, Medikamente, Pflege, Begleitpersonen und geeignete Rückzugsbereiche dürfen nicht erst im Ereignisfall diskutiert werden.

Frage: Welche Rolle spielen FM-Dienstleister?

Kay Meyer: Eine erhebliche. Sie betreiben Anlagen, kennen technische Details und stellen Personal bereit. In der Krise muss aber klar sein, welche Leistungen weiter erbracht werden, welches Personal tatsächlich verfügbar ist und welche Prioritäten gelten. Allgemeine Verfügbarkeitsversprechen reichen nicht. Das gehört konkret in Verträge und

Notfallvereinbarungen.

Frage: Sollten Unternehmen ihre Planung mit den Kommunen abstimmen?

Kay Meyer: Bei größeren, kritischen oder besonders sensiblen Standorten ist das sinnvoll. Die Kommune muss nicht den internen Notfallplan genehmigen. Aber Ansprechpartner, Zufahrten, Gefahren, Personenzahlen, technische Ressourcen und wesentliche Abhängigkeiten sollten dort bekannt sein, wo sie im Ereignisfall relevant werden.

Frage: Wie verhindert man übertriebene oder unwirtschaftliche Maßnahmen?

Kay Meyer: Durch eine saubere Business-Impact-Analyse. Nicht alles muss redundant ausgeführt werden. Entscheidend ist, welche Funktion wie lange benötigt wird und welche Folgen ein Ausfall hätte. Daraus ergibt sich eine risikobasierte und wirtschaftlich vertretbare Priorisierung.

Frage: Was sollten Geschäftsführungen und öffentliche Träger jetzt beschließen?

Kay Meyer: Sie sollten ein objektspezifisches Resilienzprogramm beauftragen. Dazu gehören Szenarien, kritische Prozesse, technische Abhängigkeiten, Zuständigkeiten, Notbetriebsanforderungen, Investitionsbedarf und Übungen. Bevölkerungsschutz wird erst wirksam, wenn aus politischen Zielen konkrete Betriebsfähigkeit entsteht.

Handlungsprogramm für Unternehmen und öffentliche Einrichtungen

FM-Connect.com empfiehlt ein Vorgehen in sieben Schritten:

1. Verantwortlichkeiten festlegen

Geschäftsführung, Krisenstab, Facility Management, Arbeitsschutz, Sicherheit, IT, Kommunikation und Dienstleister müssen klare Rollen und Vertretungen erhalten.

2. Business-Impact-Analyse durchführen

Zeitkritische Prozesse, maximal tolerierbare Ausfallzeiten, Mindestleistungen und technische Abhängigkeiten sind zu bestimmen.

3. Objektspezifische Szenarien entwickeln

Mindestens zu betrachten sind:

- Stromausfall,
- Wasserausfall,
- Kommunikationsausfall,
- Ausfall von Heizung, Lüftung oder Kälte,
- Verkehrs- und Lieferunterbrechungen,
- Gefahrstoffereignisse,
- Räumung oder Verbleib im Gebäude,
- Personalausfall,
- Ausfall wesentlicher Dienstleister.

4. Technische Notbetriebsfähigkeit prüfen

Notstrom, Wasserversorgung, Sanitärbetrieb, Alarmierung, Zutritt, Beleuchtung, Lüftung, Aufzüge, Kommunikation und manuelle Ersatzverfahren sind funktional zu testen.

5. Notfall- und Wiederanlaufpläne aktualisieren

Die Pläne müssen klare Auslösekriterien, Entscheidungsbefugnisse, Prioritäten, Kommunikationswege und Übergänge zwischen Not- und Normalbetrieb enthalten.

6. Kommunale und externe Schnittstellen klären

Kontakte zu Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienst, Kommune, Versorgern, Gesundheitsamt und wichtigen Lieferanten sind aktuell und redundant vorzuhalten.

7. Regelmäßig üben und auditieren

Planspiele, technische Funktionstests und praktische Übungen zeigen, ob Personal, Anlagen und Kommunikation tatsächlich zusammenwirken.

Nutzen für Unternehmen

Ein systematisch aufgebautes Resilienz- und BCM-Konzept ermöglicht:

- besseren Schutz von Beschäftigten und Besuchern,
- geringere Betriebsunterbrechungen,
- klare Priorisierung knapper Ressourcen,
- belastbare Entscheidungen in Krisen,
- höhere Verfügbarkeit technischer Anlagen,
- bessere Steuerung von FM-Dienstleistern,
- nachvollziehbare Investitionsentscheidungen,
- geringere Folgeschäden,
- höhere Liefer- und Leistungsfähigkeit,
- Stärkung des Vertrauens von Kunden und Beschäftigten.

Nutzen für öffentliche Einrichtungen

Kommunen, Behörden, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser und soziale Träger gewinnen:

- größere Handlungsfähigkeit bei Versorgungsausfällen,
- besseren Schutz besonders gefährdeter Nutzergruppen,
- transparente Ressourcen- und Zuständigkeitsübersichten,
- abgestimmte Schnittstellen zu Krisenstäben und Einsatzkräften,
- belastbare Notbetriebs- und Evakuierungsverfahren,
- bessere Grundlagen für Haushalts- und Investitionsplanung,
- höhere Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- nachvollziehbare Kommunikation gegenüber Politik und Bevölkerung.

Kernaussagen

Bevölkerungsschutz beginnt im betriebenen Gebäude.

Staatliche Einsatzkräfte können objektspezifische Betreiberkenntnis nicht ersetzen.

Der Pakt begründet derzeit keine pauschale Schutzraumpflicht.

Er ist jedoch ein klares Signal, betriebliche Vorsorge und technische Resilienz zu stärken.

Notstrom muss Funktionen sichern, nicht nur vorhanden sein.

Evakuierung und Verbleib im Gebäude sind szenarioabhängig zu planen.

Besonders schutzbedürftige Menschen gehören in den Mittelpunkt der Notfallvorsorge.

Notfallpläne müssen erprobt, messbar und tatsächlich anwendbar sein.

Facility Management verbindet politische Vorsorge mit operativer Handlungsfähigkeit.

Schlussstatement

Der Pakt für den Bevölkerungsschutz setzt einen notwendigen politischen Impuls. Seine Wirkung wird sich jedoch nicht allein an Haushaltsmitteln, Einsatzfahrzeugen oder neuen staatlichen Strukturen messen lassen. Entscheidend ist, ob Kommunen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen ihre Gebäude und Standorte unter erschwerten Bedingungen sicher betreiben können.

Facility Management übernimmt dabei eine verbindende Rolle. Es kennt die technischen Systeme, die Nutzer, die Dienstleister, die Gebäude und die Abhängigkeiten des Kerngeschäfts. Es kann politische Vorsorgeziele in konkrete Notbetriebs-, Versorgungs-, Kommunikations- und Wiederanlaufkonzepte übersetzen.

FM-Connect.com unterstützt Unternehmen und öffentliche Einrichtungen bei Business-Impact-Analysen, objektspezifischen Risikobewertungen, Notstrom- und Versorgungskonzepten, Notfallhandbüchern, Evakuierungsplanung, Dienstleistersteuerung sowie bei Übungen und Audits der tatsächlichen Krisenfähigkeit.

FM-Connect.com Network GmbH

Am Altenfeldsdeich 16
25371 Seestermühe
Deutschland

KayMeyer (Geschäftsführer / Senior Berater)

01717044665

Kay.Meyer@FM-Connect.com

fm-connect.com

Portrait

FM-Connect.com ist ein Beratungs- und Ingenieurnetzwerk für Facility Management. Das Netzwerk unterstützt Unternehmen, öffentliche Einrichtungen und Betreiberorganisationen bei strategischem, technischem, infrastrukturellem und organisatorischem Facility Management.

Im Mittelpunkt stehen sichere, effiziente, resiliente, nachhaltige und nutzerorientierte Gebäude und Services. Die Leistungen reichen von Risikoanalysen und Betreiberkonzepten über Ausschreibungen und Vertragsmanagement bis zur Optimierung des laufenden Gebäudebetriebs.

News-ID: 1319152 • Views: 136 (Stand: 05.08.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/1319152/Facility-Management-muss-Standorte-krisenfaehig-machen.html>